

Pulsnitzer Tageblatt

Sammlung
Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tagesblatt Pulsnitz
Bezirksanzeiger
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Wochenblatt
Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



— Erscheint an jedem Werktag —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Pettizelle (Moffe's Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75
and RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %, Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Rechnung.
Bis 7/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Dauerschrift und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhörnisdorf, Brenzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-
Niederlitzschau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nitzberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. A. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 180

Donnerstag, den 4. August 1927

79. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Aufwertungs (Mietzins-) Steuer.

Am 5. ds. Mts. wird die Aufwertungssteuer für Monat August fällig
Die Steuerpflichtigen werden aufgefordert, die fälligen Beträge zur Vermeidung
zwangsweiser Beitreibung alsbald an unser Stadtsteueramt abzuführen

Schriftliche Mahnung erfolgt nicht
Vom Tage der Fälligkeit der Steuer ab entstehen Verzugszinsen in Höhe von
10 v. H. jährlich.

Pulsnitz, am 3. August 1927

Der Stadtrat

Das Wichtigste

Im Badhotel in Pyrmont wohnt seit gestern Reichsaußenminister
Dr. Stresemann. Wie verlautet, wird der Besuch längere Zeit an-
dauern.
Anstelle des ausgeschiedenen Oberbürgermeisters Dr. Rißmüller-Dona-
brück wurde Oberbürgermeister Brauer-Altona in den Vorstand des
Deutschen Städtebundes gewählt.
Am 10. August findet in Berlin trotz der Ferien eine Ministerbespre-
chung statt.
Zwei Mitglieder der Deutschen Luft-Gesellschaft sind neuerlich zum Probeflug
für den Transoceanflug gestartet.
Wie das Arbeitsministerium bekannt gibt, ist die Erwerbslosenziffer in
der am 25. Juli endenden Woche gegenüber der Vorwoche um
21 056 zurückgegangen und beträgt 1 026 900.
Die Anhänger des Prinzen Carol von Rumänien verlangen eine Revi-
sion des Thronvertrages.
In den nächsten Tagen werden in Lobz große Luftmanöver unter Betei-
ligung von Infanterie und Artillerie stattfinden, bei denen auch Mar-
schall Bismarck anwesend sein wird.
Nach Meldungen aus Mexiko hat im Staate Jalisco ein heftiger
Kampf zwischen Regierungstruppen und einer 3000 Mann starken
Gruppe von Aufständischen stattgefunden, welcher mit der Betei-
ligung der Aufständischen endete. In dem Gefecht sind 60 Regie-
rungssoldaten gefallen. Die Zahl der Verwundeten ist groß.
Wie aus Rapid City berichtet wird, kündigt Präsident Coolidge gestern
an, daß er nicht beabsichtigt, sich für die Wiederwahl im Jahre 1928
zur Verfügung zu stellen.

Berlinische und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Operetten-Aufführung.) Wie
im Inforterteil ersichtlich, findet zum Besten der Krieger-
dollwaisen die Aufführung der Operette: „Die fromme
Helene“ statt. Wir versehen nicht, auch hierdurch noch be-
sonders darauf hinzuweisen.

(Der Verfassungstag bei der Post.) Bei
der Deutschen Reichspost wird der Betriebsdienst im Verkehr
mit dem Publikum am Verfassungstage wie an Werttagen
berichtet werden. Eine Beschränkung der Schalterdienst-
stunden, Zustellgänge und Briefkastenleerungen sowie des
Fernsprech- und Telegrammverkehrs findet nicht statt. Zur
Teilnahme an Verfassungsfeiern oder Festgottesdiensten er-
halten die Beamten, Angestellten und Arbeiter die erforder-
liche Zeit frei, soweit die dienstlichen Verhältnisse es irgend
gestatten.

(Die neue Sparassenerordnung.) Nach den
Erklärungen des Vertreters des Ministeriums des Innern im Reichs-
tag des Landtages steht bereits gegenwärtig fest, daß weitaus der
größere Teil der sächsischen Sparassener mehr als 12,5 Prozent aus der
Sparassenermasse ausschütten kann. Von 303 Klassen, die, soweit bekannt
geworden ist, auf die Umfrage des Ministeriums des Innern berichtet
haben, soll nach vorläufiger Schätzung nur bei elf Sparassenen der Auf-
wertungsatz geringer sein, als 12,5 Prozent. Bei 144 Sparassenen soll
er auf 12,5 bis 15 Prozent, bei 102 Sparassenen bis 20 Prozent, bei
33 Sparassenen 20 bis 25 Prozent und bei 13 Sparassenen sogar über
25 Prozent betragen. Bei dieser Sachlage könnte mit Rücksicht auf
die Wirkung der Verordnung auf weite Kreise der Bevölkerung der
Glaubens erweckt werden, daß, wenn als Mindestaufwertungsatz ein
von 12,5 bekanntgegeben wird, eine solche Maßnahme zu
der irigen Ansicht führt, daß tatsächlich bei dem größten Teil der
Sparassenen nur 12,5 Prozent in der Masse läge; denn erfahrungsgemä-
mäßig wird nach den bisherigen Beobachtungen der Mindestsatz als Vor-
satz 2 v. H. der Verordnung. Dieser Satz erhöht sich aber um die Zinsen gemäß
2 v. H. 3 der Verordnung. Diese Erhöhung ist auf durchschnittlich
2,5 zu errechnen. Auf diese Weise ergibt sich tatsächlich ein Mindestsatz
von 14 bis 16 Prozent, je nachdem, wie die betreffende Sparassene ihre
Gelder angelegt hat, ob vorwiegend in Hypotheken oder in sogenannten
mündelähnlichen Wertpapieren. Im ersteren Falle wird der Mindestsatz
höher sein, im letzteren niedriger. Besonders beachtenswert ist, daß nach
§ 1 Abs. 2 sich die Sparassengemeinden und Sparassenenverbände be-
solten sollen, die Erhöhung des Mindestsatzes auf 25 Prozent des
Goldmarkbetrages zu bringen. Die Mittel dazu sollen, wie im § 2
der Verordnung besonders hervorgehoben ist, genommen werden aus
dem sonstigen Vermögen des Sparassenschuldners, insbesondere aber
aus den Einnahmeverbindlichkeiten, welche die Klasse seit 1924 nach der
Etablierung der Markt aus den Neueinlagen erzielt.

(Mehr Verkehrsdisziplin auf der Land-
straße.) Die täglich eingehenden Meldungen beweisen, daß
die Unfälle, die durch Kraftfahrzeuge verursacht werden, von

Kabinettsrat über die Septembertagung des Völkerbunds

Enttäuschungen über die Locarnopolitik — Stresemann gegen die neue Deutschlandhege

Vor dem Abbruch der Genfer Konferenz — Ein amerikanischer Gelehrter über die Verhältnisse in Europa
Keine Vorstöße in der Entwaffnungsfrage — Das Riesenerdbeben in China, eine der größten Katastrophen der Welt

Berlin. Am 10. August findet in Berlin ein Mi-
nisterat der Mitglieder des Reichstabi-
netts statt, der sich mit der auswärtigen Politik
beschäftigen wird. Fast sämtliche Mitglieder des Kabinetts
kehren von ihrem Urlaub ein oder zwei Tage vor der Ver-
fassungsfest, die bekanntlich am 11. August statt-
findet, zurück. Da die meisten Mitglieder des Kabinetts
Berlin dann nochmals verlassen, findet kein neuer Minister-
rat vor dem Beginn der Sitzungen des Völkerbunds in
Genf am 1. September statt.

In dem Ministerat vom 10. 8. wird die Haltung der
deutsche Delegation während der Genfer Verhand-
lungen festgesetzt.

Das eigentliche Programm der Ratsagung
setzt sich aus den Fragen über die Weltwirtschafts-
konferenz und die allfälligen laufenden Angelegenheiten
zusammen. Die Vollversammlung wird sich, abgesehen
von ziemlich allgemeinen politischen Debatten und der
Wahl von nichtständigen Mitgliedern zum
Rat als Ersatz für die auf ein Jahr im September 1926
gewählten Mitglieder, mit der Weltwirtschaftskonferenz be-
fassen. Die politischen Debatten der Außen-
minister werden sich hauptsächlich auf die Locarno-
politik erstrecken.

Es ist anzunehmen, daß dieses Mal von dem deutschen
Außenminister mit allem Nachdruck darauf hingewiesen wer-
den wird, daß die Entwicklung der politischen Lage seit Mo-
naten nicht mehr den Voraussetzungen der Locarnopolitik
entspricht. Es zeigt sich nicht nur in den Reden Poin-
carés, sondern auch in der offiziellen englischen Presse eine
immer stärkere Hege gegen Deutschland, die mit der Behaup-
tung geföhrt wird, daß Deutschland nicht vollständig
abgerüstet habe. Nach der Erledigung der Dis-
putationsfragen, die nur durch ein weit über alle Ver-
träge und Vereinbarungen hinausgehendes Entgegenkommen
Deutschlands erledigt werden könnten, beschäftigt man sich
mit den angeblichen Verstößen Deutschlands in der
Armierung der Ostseeestungen. Es wird
wieder der Versuch gemacht, eine militärische Kontrolle des
Völkerbunds mit diesen falschen Behauptungen zu begrün-
den. Dieser Versuch geht jetzt so weit, daß der Berichtstat-
ter einer englischen Zeitung sogar behauptet, Deutschland sei
mit einer Investition durch den Völkerbund
einverstanden. Diese Behauptung ist natürlich völlig falsch.

Die Abrüstungsfragen sind zwischen Deutschland und
der Völkerbundkonferenz bis auf einige ganz geringe Rest-
punkte, über die auch feste Vereinbarungen getroffen sind,
endgültig erledigt. Eine Investition des Völkerbunds
wäre nur möglich, wenn ein tatsächlicher Verstoß
Deutschlands gegen die Abrüstungsbestimmungen vom
Völkerbundrat festgestellt würde.

Man geht nicht fehl in der Annahme, daß die ganze
Hege und diplomatische Debatte nur unternommen wird, um
Deutschlands diplomatische Situation in
Genf von vornherein zu verschlechtern.

Frankreich hegt weiter.

Die neue Sensation der Pariser Presse.
In der Zeitschrift „Die Menschheit“ ist vor einigen
Tagen ein Artikel von Professor F. W. Förster erschienen,
in dem er ausführlich über eine geplante Reorganisation
der deutschen Militärkräfte berichtet. Dieser Artikel hat in
der französischen Presse starken Widerhall gefunden und
wird natürlich nach allen Richtungen ausgeschlachtet, um
eine neue Hege größten Stils gegen Deutsch-
land einzuleiten.

„Die Alliierten sind gewarnt“, schreibt der „Figaro“;
„ihre seit drei Jahren bekundeten Gefälligkeiten haben nichts
genützt. Die von England geübte Politik der Nachsicht war
eine Dummheit und wird vielleicht noch eine Gefahr werden,

die von dem Kartell betriebene Politik des Nachgebens ist
ein Irrsinn gewesen... Aufgabe der Alliierten ist es,
klar und deutlich zu sagen, daß sie niemals diese Uebertretun-
gen des Verfallener Vertrages und diesen Verrat des Reiches
dulden werden. Der Geist von Locarno hat niemals
einen größeren Schlag erlitten.“

Vor dem Abbruch der Genfer Konferenz

Genf, 4. August. Die Unterredung zwischen den
maßgebenden Mitgliedern der drei Delegationen der Seebau-
rüstungskonferenz, die heute um 22 Uhr begann, dauerte bis
nach 24 Uhr. Nach Schluß der Sitzung wurde noch den
Teilnehmern lediglich mitgeteilt, daß auf Grund einer be-
sonderen Vereinbarung keine näheren Mitteilungen über den
Inhalt der heutigen Unterredung gemacht werden könnten.
Es wurde jedoch mitgeteilt, daß lediglich das Programm der
morgigen Vollsitzung der Konferenz zur Verhandlung gelangt
sei. Die Vollsitzung wird morgen um 15 Uhr stattfinden.
In Konferenzkreisen ist man auf Grund der heutigen Unter-
redung der Delegationsführer übereinstimmend der Ansicht,
daß nunmehr der Abbruch der Konferenz als bevorstehend
anzusehen ist.

Ein amerikanischer Gelehrter über die Verhältnisse in Europa.

Beendigung der Besetzung ein Gewinn für
alle Beteiligten.

New York. Nicholas Murray Butler, Präsident der
Columbia-Universität, der aus Europa zurückge-
kehrt ist, erklärte, die wirtschaftliche Wiedererstar-
kung Europas werde durch einen übertriebenen,
fast hysterischen Nationalismus der neugeschaf-
fenen Staaten verzögert.

Was die deutsche Ostgrenze und Oesterreich be-
treffe, so herrschten dort künstliche Verhältnisse, die früher
oder später in friedlicher, großzügiger Weise geregelt werden
müßten. Bei den denkenden Männern aller Länder müßten
Befürchtungen für die wirtschaftliche und finanzielle Zukunft
der Welt laut, falls gewisse Bestimmungen des Verfallener
Vertrages nicht geändert oder ergänzt würden. Die fort-
dauernde Anwesenheit der alliierten Truppen auf dem rechten
Rheinufer gebe den deutschen Extremisten die besten
Gründe für ihre Opposition gegen die Versöhnungspolitik.
Die Beendigung der Besetzung würde einen Ge-
winn für alle Beteiligten bedeuten.

Keine Vorstöße in der Entwaffnungsfrage.

Berlin. Zu der von der englischen Presse geäußerten
Ansicht, daß in den letzten Punkten in der Entwaffnungs-
frage, die noch nicht völlig erledigt seien, eine Völker-
bundinvestigation oder eine militärische Kontrolle
erfolgen müsse, weist man in unterrichteten Kreisen darauf
hin, daß die Erledigung einzelner wichtiger Punkte sich ver-
abredungsgemäß nach dem in Genf im Dezember
vorigen Jahres aufgestellten Programm ab-
wickelt. Von Verstößen in der Entwaffnungs-
frage kann infolgedessen natürlich gar keine Rede
sein, auch die Völkerbundinvestigation oder die bereits auf-
gestellte Militärkontrollkommission kann infolgedessen weder
rechtmäßig noch tatsächlich mit der Angelegenheit befaßt
werden.

Im Zusammenhang damit sei noch einmal daran er-
innert, daß den militärischen Experten bei den Berliner Ge-
sandschaften keinerlei Kontrollbefugnis zusteht.

